

Handelspolitische Flugschriften

herausgegeben vom Handelsvertragsverein.

Heft 1.

Die Deutsche Volkswirtschaft und der Weltmarkt.

Mit einer graphischen Tafel

Zweite Auflage.



Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

1901

Handelspolitische Flugschriften

herausgegeben vom Handelsvertragsverein.

Heft 1.

Die Deutsche Volkswirtschaft und der Weltmarkt.

—
Mit einer graphischen Tafel.
—

Zweite Auflage.



Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

1901.

ISBN 978-3-642-89030-7 ISBN 978-3-642-90886-6 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-642-90886-6

I.

Die wirthschaftliche Signatur des soeben verflorenen Jahrhunderts war die aus kleinen Anfängen entstehende und mit überraschender Schnelligkeit sich entwickelnde gegenseitige Verflechtung der Kulturstaaten in das Netz des internationalen Welthandels. Während in früheren Zeiten der internationale Austausch von Waren sich im wesentlichen beschränkte auf eine relativ kleine Anzahl von Artikeln, deren Produktion aus Gründen des Klimas und der Bodenbeschaffenheit bestimmten Gebieten zufiel, trat mit dem 19. Jahrhundert die ganze Fülle der Massengebrauchsartikel in den Rahmen des Welthandels ein. Aus der Summe der nationalen Volkswirtschaften entstand eine neue Einheit: die internationale Weltwirtschaft. Der Gesamtwert des Welthandels — d. h. die Summe der Ein- und Ausfuhrwerthe aller Länder der Erde — betrug im Jahre 1860 erst 29 Milliarden; im letzten Jahre bereits 84 Milliarden.

**Der Welt-
handel.**

Die Führung in diesem Entwicklungsgange hatte bekanntlich England übernommen, dessen Textil- und Eisenindustrie schon früh zu hoher Blüthe gelangt war. Im Laufe der weiteren Jahrzehnte beteiligten sich andere Völker mehr und mehr am Wettbewerb in der Versorgung des Weltmarktes mit Gütern ihrer einheimischen Produktion. In Deutschland nahm eigentlich erst mit dem letzten Drittel des verflorenen Jahrhunderts die Ausgestaltung der auswärtigen Handelsbeziehungen einen erheblichen Aufschwung; dieser setzte dann — begünstigt durch die politische Entwicklung — aber auch so nachhaltig ein, dass das neue Deutsche Reich binnen kurzer Zeit unter den Welthandelsmächten die erste Stelle hinter England einnahm und bis heute siegreich behauptet hat. Von den vier Ländern,

**Antheil
Deutsch-
lands.**

deren auswärtiger Handel zusammen fast die Hälfte des gesammten Welthandels ausmacht, betrug der procentuale Antheil am Welthandel für

	1882	1899
England	19,7	17
das Deutsche Reich . .	10,3	11,8
die Vereinigten Staaten .	9,9	9,6
Frankreich	11,1	8

Wie aus diesen Ziffern ersichtlich, verschiebt sich das Verhältnis sogar mehr und mehr zu Gunsten Deutschlands, denn, wenn auch England uns thatsächlich noch bedeutend überragt, so geht doch in letzter Zeit sein procentualer Antheil am Welthandel zurück, während der des Deutschen Reiches steigt. Von den wichtigsten anderen Konkurrenzstaaten ist der Antheil der amerikanischen Union etwa derselbe geblieben, während der Frankreichs ebenfalls erheblich zurückgegangen ist.

Der deutsche Unternehmungsgeist hat in kühnem Vorwärtsdringen den ganzen Erdball umspannt. Es giebt heute kaum ein Land der Welt, in dem der deutsche Kaufmann und die deutsche Waare nicht zu finden wären, und dieser Siegeszug, den deutscher Handel und Industrie durch die uncivilisirtesten Völker und Gegenden des Erdballs angetreten hat, wird mit jedem Jahre augenfälliger. Die Zunahme unseres Handels während des letzten Jahrzehntes (1889/1899) betrug im Verkehr mit den Staaten:

Europas	Amerikas	Australiens	Asiens	Afrikas
25 0/0	61 0/0	178 0/0	147 0/0	279 0/0

**Handels-
marine.**

Und diese Entwicklung ist keineswegs blos der Industrie zu Gute gekommen. Mit dem ausserordentlichen Aufschwung des Ein- und Ausfuhrverkehrs haben auch die hieran betheiligten Erwerbszweige der Rhederei und Spedition, des Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsverkehrs eine ausserordentliche Entwicklung genommen, es tritt dies u. a. in den Ziffern unserer Handelsflotte deutlich zu Tage. Es betrug

Die Zahl der Dampfschiffe in

	1882	1900	procentuale Zunahme
England	4317	5649	31 0/0
Deutschland	354	1031	191 0/0
den Ver. Staaten v. A. .	594	674	13 0/0
Frankreich	414	545	32 0/0

Der Tonnengehalt der gesammten Handelsflotte in 1000 t in

	1882	1900	procentuale Zunahme
England	8783	9.909	13 0/0
Deutschland	1226	1.904	55 0/0
den Ver. Staaten v. A.	2500	2.169	— 13 0/0
Frankreich	846	904	7 0/0

Es tritt in all diesen Ziffern die gegen früher unverhältnissmässig erhöhte Bedeutung zu Tage, welche der auswärtige Handel, und die Exportindustrie insbesondere, für die deutsche Volkswirtschaft gewonnen hat. In gleichem Maasse können und müssen deshalb diese Zweige unseres Wirthschaftslebens eine gegen früher gesteigerte Berücksichtigung ihrer Interessen bei der Erneuerung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Ausland verlangen.

Von gewissen Seiten wird freilich die andauernde Steigerung unseres Aussenhandels als kein sonderlicher Vortheil, theilweise geradezu als eine Ausartung unserer Volkswirtschaft angesehen. Man ist geneigt, die Zunahme des Imports als Armuthszeugniss unserer einheimischen Produktion, die des Exports als Zeichen krankhafter Ueberproduktion anzusehen, und glaubt das Ideal des Wirthschaftslebens in einem Zustande sehen zu sollen, in welchem Produktion und Konsumtion innerhalb der einheimischen Volkswirtschaft sich möglichst decken und der Verkehr mit dem Auslande auf ein Mindestmaass herabgedrückt ist. Diese Auffassung beruht auf einem grundsätzlichen Irrtum über das Wesen des internationalen Warenverkehrs.

**Beurtheilung
des Aussen-
handels.**

Das Characteristicum der neueren weltwirthschaftlichen Entwicklung ist eine zunehmende Specialisirung und Individualisirung der Produktion, die vielfach soweit geht, dass selbst für verschiedene Nüancen und Qualitäten ein und desselben marktgängigen Artikels verschiedene Länder als Bezugsquellen sich ausbilden. Hiermit muss aber die Ausdehnung des Marktgebietes für jeden Zweig der Produktion Hand in Hand gehen, denn alle Verfeinerung und technische Entwicklung der Produktion pflegt nur rentabel zu sein bei gleichzeitiger Steigerung des Absatzes. Die zunehmende Verknüpfung der einzelnen Kulturländer miteinander durch den Weltmarkt ist also lediglich ein Symptom vorangegangener Höherentwicklung der internationalen Arbeitstheilung und damit Hand in Hand gehender Steigerung der Produktivität.

II.

**Wandlungen
im Ver-
hältniss
zwischen
Industrie
und Land-
wirthschaft.**

Die Entwicklung unseres Vaterlandes zu einem massgebenden Faktor der Weltwirthschaft hat erklärlicher Weise eine tiefgreifende Rückwirkung auf die Gestaltung des einheimischen Wirthschaftslebens ausgeübt und hier gewisse Wandlungen herbeigeführt, die unserer Volkswirthschaft einen gegen früher grundsätzlich veränderten Charakter verliehen haben. Es zeigt sich dies vielleicht in nichts deutlicher als in der vollständigen Verschiebung, welche in der Vertheilung der Bevölkerung auf die einzelnen Hauptgruppen des Erwerbslebens eingetreten ist. Mangels früherer statistischer Aufnahme müssen wir uns im wesentlichen an die Ziffern der Berufs-Gewerbestatistiken von 1882 und 1895 halten, allein auch diese und verhältnissmässig kurze Spanne Zeit lässt das besonders bezeichnende Moment deutlich genug hervortreten: Die Umwandlung Deutschlands aus einem Agrarstaat in einen Industrie- und Handelsstaat. Es entfallen nämlich auf:

	1882	1895
Industrie einschliesslich Bergbau . . .	16,1	20,3
Landwirthschaft	18,7	17,8
Handel und Verkehr	4,5	6

Die landwirthschaftliche, industrielle und kommerzielle Bevölkerung = 100 gesetzt, ist der Anteil der Landwirthschaft um 7% zurückgegangen, der von Handel und Industrie um ebensoweit gestiegen. Noch augenfälliger wird der Rückgang der Landwirthschaft in Deutschland, wenn wir die gesammte Bevölkerung des Reiches — also einschliesslich der Kategorien des Beamtentums, der häuslichen Dienste etc. — in Verhältniss setzen zu der landwirthschaftlichen Bevölkerung. Es betrug alsdann die letztere im Jahre:

1850 . . .	ca. 65 0/0	} der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches
1870 . . .	ca. 50 0/0	
1895 . . .	ca. 35 0/0	

Es bildet sich also Handel und Industrie mehr und mehr zum dominirenden Faktor unseres Wirthschaftslebens aus.

Diese Verschiebung hat aber nicht bloss die Bedeutung eines quantitativen Rückgangs der landwirthschaftlichen Interessen in Deutschland. Das handelspolitisch Wichtige an dieser Wandlung ist, dass infolge dieser Verschiebung dem landwirthschaftlichen Gewerbe

heute ganz andere Aufgaben gestellt werden, als es in einem Agrarstaat alten Genres zu erfüllen hatte. In einem Lande, wie Deutschland es um die Mitte des Jahrhunderts darstellte, bestand eine natürliche Arbeitstheilung zwischen Landwirthschaft und Industrie derart, dass der ersteren die Aufgabe zufiel, die städtische industrielle Bevölkerung mit allen erforderlichen Lebensmitteln zu versehen, der letzteren die Aufgabe, der ländlichen Bevölkerung die von ihr bedurften industriellen Fabrikate zu liefern. Das heutige Verhältniss zwischen Industrie und Landwirthschaft ist aber ein wesentlich anderes. Die deutsche Bevölkerung ist seit der Gründung des neuen Reiches von 41 auf 56 Millionen angewachsen und wird bei Abschluss der Handelsverträge etwa 60 Millionen Seelen betragen. Gleichzeitig hat die allgemeine kulturelle Entwicklung die Quote des auf den Einzelnen entfallenden Verbrauchs für die meisten Güter wesentlich erhöht. Infolge der damit eingetretenen gewaltigen Steigerung des Bedarfs ist die Landwirthschaft nicht mehr im Stande, auch nur annähernd noch den für die Stadtbevölkerung erforderlichen Ueberschuss von Nahrungs- und Genussmitteln zu liefern, geschweige denn die Industrie, angesichts ihrer enorm gesteigerten Thätigkeit, mit dem erforderlichen Quantum land- und forstwirthschaftlicher Roh- und Hilfsstoffe zu versehen..

Der deutschen Landwirthschaft stand während der letzten 20 Jahre eine Anbaufläche von 26 Millionen ha Acker- und Gartenland zur Verfügung. Die Verwendung derselben ist nun ausserordentlich charakteristisch für die neuere Richtung unserer landwirthschaftlichen Entwicklung. (Wir halten uns dabei an die Ergebnisse der seit 1878 bestehenden amtlichen Erntestatistik; die Ziffern für 1899 sind, weil auf wesentlich anderen Grundlagen beruhend, mit den vorhergehenden leider nicht vergleichbar.)

**Ernte-
ergebnisse
und ein-
heimischer
Bedarf.**

Es wurden bebaut in Tausenden ha mit:

	1878	1898	Differenz
Brotgetreide	8 148	8 243	+ 1 0/0
Gerste	1 620	1 660	+ 2 0/0
Hafer	3 742	3 997	+ 7 0/0
Kartoffeln	2 753	3 080	+ 12 0/0
Erbsen und Ackerbohnen	602	412	— 32 0/0
Buchweizen	246	140	— 43 0/0

	1878	1898	Differenz
Raps	179	88	— 51 0/0
Hopfen	41	39	— 5 0/0
Wein	119	117	— 1 0/0
Kleesamen	84	75	— 11 0/0
Klee	1 898	1 802	— 5 0/0
Luzerne	233	215	— 8 0/0
Esparsette	128	96	— 25 0/0
Runkelrüben	331	471	+ 30 0/0
Möhren, weisse Kohlrüben .	390	499	+ 28 0/0

Getreide. Die deutsche Landwirthschaft hat hiernach nahezu ein Drittel des Ackers mit Brotfrüchten, über die Hälfte mit Getreide überhaupt bestellt. Damit ist sie, da ein Wechsel des Anbaus aufrecht erhalten werden muss, an der Grenze des Möglichen angelangt und kann eine nennenswerthe Zunahme des Getreidebaues für die Zukunft kaum mehr in Aussicht stellen.

Trotzdem konnte sie den einheimischen Bedarf nicht entfernt decken. Derselbe betrug 1880/98 im Jahresdurchschnitt 9,25 Millionen Tonnen; hiervon deckte die einheimische Landwirthschaft 7,9 Millionen, sodass wir mit 1,35 Millionen auf das Ausland angewiesen blieben. Das Ausland muss bereits seit Jahrzehnten, und zwar in andauernd steigendem Umfange zur Ernährung des deutschen Volkes herangezogen werden. Die Mehreinfuhr von Brotfrüchten betrug im Jahresdurchschnitt:

1853—62 . . .	128	Tausend	Tonnen
1863—72 . . .	244	„	„
1873—82 . . .	803	„	„
1885—94 . . .	1 177	„	„
1895—98 . . .	1 966	„	„

Es ist dabei noch zu beachten, dass der in Deutschland heute mit Vorliebe angebaute englische Weichweizen, seines allzu geringen Klebergehaltes wegen, der Mischung mit ausländischem Getreide bedarf, um mahl- und backfähig zu werden. Wollte man aber zum Anbau der früher vorwiegend producirten Weizensorten zurückkehren, so würde sich, weil diese nicht im gleichen Maasse ergiebig sind, das Deficit noch beträchtlich erhöhen.

Ebensowenig wie für Brotkorn vermochte die deutsche Landwirtschaft den Bedarf an Hafer und Gerste zu decken. Selbst in Kartoffeln mussten wir trotz der enormen Zunahme des Anbaues im letzten Decennium schon durchschnittlich 3,5% des Bedarfs aus dem Ausland beziehen.

Des Weiteren geht aber aus der obigen Tabelle hervor, dass der Anbau von Getreide trotz aller Klagen über die mangelnde Rentabilität desselben nicht abgenommen hat, sondern noch gestiegen ist. Hieraus ergibt sich unverkennbar, dass die deutsche Landwirtschaft den Getreidebau keineswegs als ein verlustbringendes Geschäft ansieht, vielmehr sich darauf einrichtet, den ihr bewilligten Zollschatz gründlich auszunützen. Sie betrachtet denselben offenbar nicht, wie er gemeint ist, als vorübergehende Beihülfe zur Ueberwindung einer Krise und für den Uebergang zu einträglicheren Wirtschaftsformen, sondern als milchende Kuh, auf deren steigende Ergiebigkeit für alle Zeit gerechnet wird. Auf Kosten des Getreidebaues und seines „Schattens“, des Kartoffelbaues, werden nahezu alle übrigen Kulturen eingeschränkt.

Vor allem ist der Anbau von Hülsenfrüchten um nicht weniger als 32% zurückgegangen. Die Produktion derselben ist heute eine gänzlich unzureichende. Im abgelaufenen Jahrzehnt mussten jedes Jahr hindurch mehr als hunderttausend Tonnen eingeführt werden.

Hülsenfrüchte.

Desgleichen ist der Bau von Handelsgewächsen wesentlich eingeschränkt worden. Dabei haben wir auch hier mit einem die Produktion weit übersteigenden Bedarf zu rechnen. Insbesondere die Lage des deutschen Obstbaues stellt der Wirtschaftlichkeit und dem rationellen Betriebe der deutschen Landwirthe kein schmeichelhaftes Zeugnis aus. Mussten wir doch während des letzten Jahrzehnts im Jahresdurchschnitt 110 Tausend Tonnen frisches und 140 Tausend Tonnen trockenes Obst einführen, dazu 19 Tausend Tonnen Weinbeeren. Abgesehen von Hopfen, dessen Ausfuhr jedoch in den letzten Jahren bei gleichzeitig zunehmender Einfuhrziffer stark abgenommen hat und sich nur noch auf 3000 Tonnen Mehrausfuhr beläuft, weist einen Ausfuhrüberschuss nur noch Zucker auf, bei dem die auf Kosten der einheimischen Konsumenten gewährte Ausfuhrprämie dem Rübenbau von vornherein einen „angemessenen Gewinn“ sichert.

Handelsgewächse.

Einen sehr grossen Ausfall ergibt ferner die Erzeugung einer Reihe wichtiger Rohmaterialien für industrielle Zwecke. Um nur die

Rohstoffe für die Industrie.

allerwichtigsten anzuführen, mussten wir im Jahresdurchschnitt 1890/91 einführen: nahezu 1 000 000 t Gerste, 109 000 t Raps, 5000 t Leinsaat, 20000 t Mohn, 35000 t Flachs, 25000 t Hanf und 14000 t Hede. Gegenüber all diesen Ziffern kann die oft angeführte Begründung der Einschränkung des Handelsgewächsbaues mit der „Furcht vor Ueberproduktion“ nur als schlecht gewählte Ausrede bezeichnet werden.

Futterpflanzen.

Am verhängnissvollsten vielleicht ist aber die skizzierte Entwicklungsrichtung für die deutsche Viehzucht. Von den Futterpflanzen weisen die werthvollsten: Klee, Luzerne und Esparsette eine erhebliche Abnahme auf, wofür die Zunahme des Futterrüben- und Möhren-Anbaues nur als ein sehr magerer Ersatz bezeichnet werden kann. Unter diesen Umständen ergibt sich ein sehr bedeutendes Deficit an Futtermitteln, zu dessen Deckung die deutsche Landwirthschaft auf das Ausland angewiesen ist. Sie bezog denn auch im letzten Jahrzehnt ganz enorme Mengen hiervon. Das deutsche Reich importirte im Jahresdurchschnitt 865 000 Tonnen Mais, 467 000 Tonnen Kleie und Malzkeime, 279 000 Tonnen Hafer (trotz der Ausdehnung des Haferanbaues!) und 256 000 Tonnen Oelkuchen. Dazu kommen noch 5000 t Gras und 16 000 t Kleesaat. Die gewaltige Steigerung des Defizits zeigt ein Vergleich der Mehreinfuhr am Anfang und Ende des letzten Jahrzehnts. Dieselbe betrug in Tausend Tonnen beispielsweise für:

	Kleie etc.	Oelkuchen	Mais
1890	279	169	562
1899	679	340	1627

Diesen Zahlen gegenüber wird man wohl behaupten können, dass die Grundlagen der deutschen Viehzucht zu einem sehr erheblichen Theile im Auslande liegen.

Viehzucht.

Prüfen wir nun die Lage der deutschen Viehzucht selbst. Die Grundlage der Fleischnahrung bildet der Nährkraft nach das Rindfleisch und von diesem wiederum das Ochsenfleisch. Für den Werth der Fleischproduktion eines Landes kommt daher der Bestand an Rindvieh in erster Linie in Betracht. Im deutschen Reiche wurden gezählt in 1000 Stück:

Rinder.

	1873	1897
Kälber bis zu 6 Monaten . . .	1 470	2 071
Jungvieh bis zu 2 Jahren . . .	3 666	4 401
Kühe	8 961	10 466
Stiere und Ochsen	1 680	1 553

Gerade die werthvollste Gruppe der Rindviehzucht weist also einen Rückgang auf. Kühe besitzen, abgesehen von der geringeren Qualität des Kuhfleisches an sich, relativ geringes Körpergewicht und ungünstiges Schlachtgewicht. Was vom Jungvieh zur Schlachtbank kommt, sind in der Regel Stücke, welche zur Zucht nicht taugen; vor allem liefert unser Jungvieh, da frühreife Thiere nach Art der englischen Rasse bei uns nicht gezüchtet werden, unverhältnissmässig viel Knochen und ein nicht sehr beehrtes Fleisch. Es sind dies Momente, welche den Werth der Vermehrung dieser beiden Kategorien wesentlich verringern; ebenso fällt die allerdings sehr erhebliche Zunahme der Kälber für die Versorgung des deutschen Volkes mit Fleisch sowohl der relativ geringen Menge, als der geringeren Qualität ihres Fleisches wegen nicht allzuschwer ins Gewicht.

Ein Ausgleich zwischen Bedarf und Vorrath durch Einfuhr aus dem Auslande wird durch die angeblich hygienischen Massregeln der agrarischen Wirtschaftspolitik verhindert, oder wenigstens erheblich erschwert. Die durchschnittliche Jahreseinfuhr des letzten Jahrzehnts betrug nur:

47 000 Ochsen,
97 000 Kühe,
68 000 Stück Jungvieh.

An Schweinen wurden gezählt in tausend Stück:

Schweine.

	1883	1892	1897
Unter 1 Jahr	7 134	9 370	11 639
1 Jahr und darüber	2 072	2 804	2 635

Es tritt in diesen Ziffern deutlich die in der Praxis vielfach zu beobachtende Tendenz zu Tage, Thiere im Alter von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahren zur Schlachtung zu führen, um den Umschlag des darin investirten Kapitals zu beschleunigen. Dass auf diesem Wege jedoch die Fleischproduktion an sich nicht erhöht wird, liegt auf der Hand. Die Einfuhr von Schweinen wird ebenfalls immer mehr unterbunden sie betrug im Jahre 1899 nur 70 000 Stück.

Der Bestand an Schafen ist in der Zeit von 1873—1897 von 25 auf nicht ganz 11 Millionen zurückgegangen. Von diesem Bestande wird noch ein sehr erheblicher Bruchtheil (274 000 Stück im Jahresdurchschnitt) ins Ausland exportirt. Für die Fleischversorgung kommt also die Schafhaltung nicht erheblich in Betracht.

Schafe.

Um die Pferdezucht nicht zu übergehen, sei kurz erwähnt, dass der einheimische Bestand an Pferden zwar eine langsame Zu-

Pferde.

nahme aufweist, — von 3352.000 Stück in 1873 auf 4038.000 in 1897, — den Bedarf jedoch keineswegs zu decken im Stande ist. Die Mehreinfuhr stieg von 72.000 Stück im Jahresdurchschnitt 1890/94 auf 104.000 im Jahresdurchschnitt 1895/99.

Schwer darnieder liegt leider unsere Geflügelzucht. Die für Preussen stattgehabte Zählung hat Resultate ergeben, welche die Befürchtungen der ärgsten Pessimisten noch übertroffen haben. Das Missverhältniss zwischen Bedarf und Produktion auf diesem Gebiete zeigt sich deutlich darin, dass wir im letzten Jahre nicht weniger als:

35 000 Tonnen Federvieh,
113 000 „ Eier,
10 000 „ Bettfedern importirten.

**Verhältnis
zwischen
Fleischpro-
duktion und
Fleischbedarf.**

Der Versuch, auf Grund der vorliegenden Zahlen das Verhältniss zwischen Fleischproduktion und Fleischverbrauch im deutschen Reiche im allgemeinen zu berechnen, stösst leider auf die Schwierigkeit äusserst unsicherer Ziffern für den Konsum. Die von sachverständiger Seite bisher vorgenommene Schätzungen schwanken zwischen 30 und 40 kg pro Kopf der Bevölkerung.

Das deutsche Reich weist im allgemeinen — und zwar schon seit Jahrhunderten — einen im Verhältniss zu den Kulturstaaten des Auslandes abnorm niedrigen Fleischkonsum auf. Beispielsweise wurde der Konsum pro Kopf der Bevölkerung

in Deutschland . . 1867 auf 18 kg,
„ Frankreich . . 1862 „ 26 „
„ England . . . 1868 „ 46 „

berechnet. Inzwischen ist er allenthalben erheblich gestiegen. In England betrug er nach sachverständigen Feststellungen 1891—1895 etwa 55 kg auf den Kopf. Ungefähr ebenso hoch, vielleicht noch höher, muss nach den Anforderungen der Physiologie der nothwendige Fleischbedarf unter Berücksichtigung der Zusammensetzung des deutschen Volkes nach Alter, Geschlecht etc. für das deutsche Reich geschätzt werden. Die Fleischversorgung des deutschen Reiches ist also eine gänzlich unzureichende.

**Thierische
Produkte.**

Auch den Bedarf an Fett vermag die deutsche Viehzucht nicht zu decken. Während das deutsche Reich bis vor 5 Jahren ein Butter exportirendes Land war, sind wir auch hier seit 1894 „passiv“. Die Schmalzeinfuhr ist seit Jahren sehr beträchtlich. Auch der Käseimport ist nicht unbedeutend.

Die enorm schnelle Zunahme des Deficits wird durch nachstehende Tabelle ersichtlich.

Der Einfuhrüberschuss betrug in 100 Tonnen bei

	1895	1896	1897	1898	1899
Butter . . .	2	7	65	77	99
Käse	71	84	106	129	141
Schmalz etc. .	780	916	1176	1419	1332

Zum Schlusse wäre noch anzuführen, dass das deutsche Reich durchschnittlich 147 000 Tonnen Schafwolle, 77 000 Tonnen Häute und Felle, 6000 Tonnen Bettfedern und 16 000 Tonnen Talg mehr einführt, dass also auch hinsichtlich dieser Rohprodukte ein grosses Deficit in der deutschen Viehzucht sich ergibt.

Der Vollständigkeit halber wollen wir noch kurz der Forstwirtschaft gedenken, da auch sie ja vermehrten Zollschatzes theilhaftig werden soll. Dass die Produktion auch hier den Bedarf insbesondere an Nutzholz nicht im entferntesten zu decken vermag, ist notorisch. Die Mehrein fuhr betrug im Durchschnitte der Jahre in 1000 Tonnen:

**Forst-
wirtschaft.**

	1890—94	1895—99	1899
Bau- und Nutzholz roh	1 567	1 969	2 471
„ „ „ nach der Längaxe beschlagen	474	550	694
„ „ „ gesägt	655	1 070	1 546

Wenn wir unsere Ausführungen zusammenfassen, so kommen wir zu einem für die deutsche Landwirthschaft sehr ungünstigen Ergebnisse:

**Gesamt-
leistung der
deutschen
Land-
wirthschaft.**

Die deutsche Landwirthschaft vermag heute auf keinem Gebiete den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen. Sie ist nicht mehr im Stande dem deutschen Volke das erforderliche Brot zu beschaffen, sie vermag ferner nicht annähernd den Bedarf an Fleisch und anderen thierischen Nahrungsmitteln zu decken, sie erscheint endlich vollständig ausser Stande, den gewaltig gestiegenen Verbrauch an industriellen Rohstoffen zu befriedigen. Die deutsche Landwirthschaft hat ihre Kräfte auf allen Gebieten gleichzeitig eingesetzt und daher zersplittert. Dadurch ist ihre Stellung im nationalen Wirtschaftsleben eine schiefe geworden. Sie verlangt auf der ganzen Linie Schutzzoll für ihre Produkte und geräth damit in unlösbare Widersprüche mit den übrigen Produktionszweigen, denen sie die nothwendigen Lebensmittel für ihre Arbeiter, sowie

theilweise die erforderlichen Rohstoffe und Halbfabrikate vertheuert.

Die deutsche Landwirthschaft wird die ihr zukommende Stellung in der deutschen Volkswirtschaft nur dadurch gewinnen können, dass sie sich in die Weltwirthschaft ein- und ihren Bedürfnissen unterordnet. Sie wird im Zeitalter der internationalen Arbeitstheilung nicht alles und nur halb, sondern eines und das ganz zu leisten haben. Sie wird also vor Allem nicht gleichzeitig den Bedarf des deutschen Volkes an Getreide und Fleisch decken können, sondern sich für eins von beiden entscheiden müssen. Da allerdings tritt der Interessengegensatz zwischen dem deutschen Bauer als dem Viehzüchter und dem Grossgrundbesitzer als dem Getreideproduzenten klar zu Tage. Und so wird denn in absehbarer Zeit das deutsche Volk das Schauspiel erleben, dass der letzte Kampf um die Getreidezölle nicht zwischen Industrie und Landwirthschaft, sondern zwischen dem deutschen Bauer und dem Latifundienbesitzer ausgefochten wird.

III.

**Aufschwung
der
industriellen
Thätigkeit.** Die zweite grosse Wirtschaftsgruppe umfasst Industrie und Gewerbe. Wir besitzen hierfür leider keine umfassende Produktionsstatistik, weder aus vergangener Zeit noch aus der Gegenwart, aber wir besitzen ein zuverlässiges Barometer für den Grad der industriellen Thätigkeit eines Landes im Verbrauch von Kohle und Eisen.

Im deutschen Zollgebiet betrug der durchschnittliche Jahresverbrauch in Millionen Tonnen von

	Kohle	Eisen
1876—80	51	2,3
1881—85	66	3,4
1886—90	81	4,2
1891—95	99	5,1
1896—99	125	7,3
1899	137	8,6

Den durchschnittlichen Verbrauch des ersten Jahrfünfts = 100 gesetzt, betrug die Zunahme des Verbrauchs von 1876—80 bis

	Kohle	Eisen
1881—85	29 0/0	48 0/0
1886—90	59 0/0	83 0/0
1891—95	94 0/0	122 0/0
1896—99	145 0/0	217 0/0
1899	169 0/0	274 0/0

Der oben bereits erwähnten Zunahme der industriellen Bevölkerung um 25% bei gleichzeitiger Zunahme der Gesamtbevölkerung um nur 15% während der Jahre 1882—1895 steht also ein Anwachsen des Kohlenverbrauchs um 169% und des Eisenverbrauches um 274% während der Periode 1876/80—1899 zur Seite. Diese Zahlen reden eine so beredte Sprache, dass jede weitere Ausführung nur den Eindruck abschwächen würde.

Es ergibt sich schon aus diesen gewaltigen Zuwachsraten, dass auf industriellem Gebiete die Produktion des Deutschen Reiches weit über den Rahmen des einheimischen Bedarfs hinausgewachsen ist und ihren Absatz mehr und mehr auf dem Weltmarkt sucht. Diese übrigens ja hinreichend bekannte Thatsache wird eindringlich bestätigt durch die Ziffern unserer Handelsstatistik, welche eine gewaltige und in den letzten Jahren schnell steigende Mehreinfuhr von Rohstoffen und Mehrausfuhr in Fabrikaten verzeichnen. Darnach betrug die deutsche

**Verhältniss
zwischen
Produktion
und Bedarf.**

Jahr	Einfuhr von Fabrikaten	Ausfuhr	Mehrausfuhr	Procentuale Zunahme des Ausfuhrüber- schusses
	in Millionen Mark			
1890	981	2148	1167	100
1891	904	2049	1145	98.2
1892	856	1950	1094	93.8
1893	901	1998	1097	94.1
1894	835	1879	1044	89.5
1895	926	2180	1254	107.5
1896	939	2301	1362	116.8
1897	966	2305	1339	114.7
1898	1015	2396	1381	118.4
1899	1148	2712	1564	134.1

Ziehen wir die Bilanz, so haben wir einen grossen Debet-Saldo auf Seiten der Landwirthschaft, zu dessen Ausgleich wir das Ausland als Abgeber in täglich steigendem Umfange heranziehen müssen, und einen noch grösseren Credit-Saldo auf Seiten der Industrie, für welche wir wiederum das Ausland als Abnehmer brauchen. Wir können also das Ausland aktiv wie passiv nicht entbehren.

**Aeusserer
und innerer
Markt.**

Nun sagen allerdings die Vertreter der Hochschutzzoll- und Abschliessungspolitik: Wenn man vermitteltst hoher Zölle die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung steigere, so sei auch bei einer Einschrumpfung des Absatzes ins Ausland der deutsche Innenmarkt im Stande für eine genügende Verwerthung der einheimischen Produkte Gewähr zu leisten.

So plausibel dieser Gedankengang auf den ersten Blick erscheint, so wenig stichhaltig erweist er sich bei näherer Prüfung. Wie die Verhältnisse heute liegen, erscheint es ausgeschlossen, den Export durch entsprechende Steigerung der Kaufkraft des inneren Marktes auch nur annähernd zu ersetzen. Abgesehen davon, dass die sogenannte Steigerung der Kaufkraft durch ein allgemeines Hochschutzzollsystem grossentheils nur eine scheinbare ist, weil die Preise der Güter etwa in gleichem Maasse steigen, wie die Kauffähigkeit der Produzenten, ist zu beachten, dass gerade diejenigen Kreise, deren Kaufkraft man in erster Linie zu steigern beabsichtigt, als Absatzkreis für die meisten Branchen unserer Export-Industrie nicht oder nur in geringem Umfange in Betracht kommen können. Oder sollen vielleicht die deutschen Bauern durch Schutzzölle zu einem Mehrbedarf an Cement, Glacéhandschuhen, Anilinfarben, Gold- und Silberpapier, Seidenwaaren, Blei- und Farbstiften, Klavieren, künstlichen Blumen, Chromolithographien und all den zahllosen anderen Artikeln veranlasst werden, die heute im deutschen Export in erster Reihe stehen? Ausserdem aber halte man sich gegenwärtig, dass unserer Volkswirtschaft eine gewaltige Summe unentbehrlicher Rohstoffe und Nahrungsmittel fehlen, die aus dem Ausland bezogen werden müssen. Schon um diese dem Ausland bezahlen zu können, von denen bestenfalls nur ein kleiner Bruchtheil wirklich durch inländische Produktion fertiggestellt werden könnte, müssen wir unsern Export auf denjenigen Gebieten, wo die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist, mit allen Kräften aufrecht-erhalten und ausdehnen.

Dies ist die wichtige Aufgabe, welche unsere Handelspolitik gegenwärtig zu lösen hat.

**Absatz-
gebiete der
Deutschen
Industrie.**

Versuchen wir den Begriff des Weltmarktes etwas zu präcisiren, indem wir prüfen, welche Staaten es vornehmlich sind, nach denen das deutsche Reich seine Fabrikate absetzt. Nach unserer

Handelsstatistik betrug 1899 der Werth der Waarenausfuhr in Millionen Mark nach

Europa	3475
Amerika	602
dar. „Ver. St. v. Am.“	378
Asien	181
Afrika	70
Australien	40

Fassen wir die amerikanische Union, die ihren wirthschaftlichen und kulturellen Verhältnissen nach den europäischen Staaten an die Seite zu stellen ist, mit Europa zusammen, so betrug unsere Ausfuhr in Millionen Mark nach den

Kulturstaaten . . .	3853
exotischen Ländern	515

So reiche Anerkennung den erfolgreichen Bestrebungen unseres Handelsstandes, der deutschen Waare in den fremden Welttheilen einen Markt zu erobern, gebührt, — vom Standpunkte der Handelspolitik ist die Thatsache ausschlaggebend, dass fast neun Zehntel unseres Gesamtexports von den Kulturstaaten absorbiert werden.

Gehen wir noch weiter ins Einzelne und ordnen diese nach dem Wert unserer Ausfuhr dorthin. Derselbe betrug im letzten Jahr in Millionen Mark nach:

Gross-Britannien	853
Oesterreich-Ungarn	466
Russland einschl. Finnland	437
Vereinigte Staaten	378
Niederlande	328
Schweiz	285
Frankreich	217
Belgien	207
Schweden	136
Dänemark	126
Italien	116
Norwegen	77
<u>zusammen :</u>	<u>3625</u>

oder 83⁰/₁₀₀ des Gesamtausfuhrwertes von 4368 Mill. M.

Unsere Hauptabnehmer sind also diejenigen Staaten, mit welchen wir Handelsverträge abzuschliessen oder zu erneuern haben.

Aufgaben und Wirkungen der Handelsverträge.

Wozu brauchen wir nun überhaupt Handelsverträge? Warum genügt es nicht, wenn jedes Land seinen autonomen Zolltarif hat, ohne bei dessen Aufstellung auf das Ausland Rücksicht zu nehmen?

Die Nothwendigkeit ständigen Absatzes nach den Staaten des Auslandes bedarf, wenn wir uns nicht der Gefahr plötzlicher schwerer Krisen aussetzen wollen, einer sicheren Festlegung der formalen und rechtlichen Voraussetzungen, unter denen wir dorthin zu exportiren begonnen haben. Vor allen Dingen muss der deutsche Kaufmann geschützt sein dagegen, dass in seinem bisherigen Absatzgebiet plötzlich mit Hülfe starker Zollerhöhungen eine einheimische Industrie emporgezüchtet oder vermitteltst differentieller Zollherabsetzungen die Konkurrenzstaaten begünstigt werden. Darum muss auf dem Wege gegenseitiger Staatsverträge das Recht der Meistbegünstigung vereinbart und für die wichtigsten Positionen des betreffenden Zolltarifs die Höhe der Zölle festgelegt und gebunden, eventuell soweit ermässigt werden, dass der deutsche Kaufmann konkurrenzfähig wird. Und zwar müssen diese Verträge für eine geraume Reihe von Jahren abgeschlossen werden, denn das Anknüpfen von Geschäftsverbindungen, das Studiren des ausländischen Bedarfs, das Einrichten der Produktion auf die speciellen Bedürfnisse des Landes etc. kostet Zeit und Geld und ist nur dann rentabel, wenn die Ausnützung dieser Maassnahmen auf eine gewisse Zeit hinaus gesichert ist.

Der hohe Werth der Handelsverträge für unseren Export geht evident aus der oben (S. 15) gegebenen Tabelle hervor. Dieselbe lässt den verhängnisvollen Einfluss des Zollkriegs und die segensreichen Wirkungen der Caprivischen Handelsverträge in den Ziffern der Jahre 1891—94 und 1895—99 klar erkennen.

Noch deutlicher erhellt die Wirkung der Handelsverträge aus folgender Tabelle. Es betrug im jährlichen Durchschnitt in Millionen Mark die:

	Einfuhr aus den		Ausfuhr nach den	
	Vertrags- Staaten	Nichtvertrags- Staaten	Vertrags- Staaten	Nichtvertrags- Staaten
1887—91 :	1626,8	2271,3	1003,1	2306,6
1892—97 :	1643,3	2741,6	1184,8	2217,4
Differenz	+ 16,5	+ 470,3	+ 181,7	— 89,2
Procentual	+ 1 ⁰ / ₁₀	+ 21 ⁰ / ₁₀	+ 18 ⁰ / ₁₀	— 4 ⁰ / ₁₀

Es ist also unsere Ausfuhr nach den Vertragsstaaten bei nur unbedeutend erhöhter Konkurrenz derselben auf dem Innenmarkt um 18% gewachsen, dagegen die Konkurrenz der Nichtvertragsstaaten auf dem deutschen Markt unter Zurückdrängung unseres Exportes dorthin um 21% gestiegen.

Diese Ziffern lassen zur Genüge die Grösse der Aufgaben erkennen, welche unserer Handelspolitik gestellt sind. Von gegnerischer Seite wird nun freilich der Schutz der einheimischen Produktion gegen die Auslandskonkurrenz in den Vordergrund gestellt und ihm ein höherer wirtschaftlicher Werth beigemessen, als der Offenhaltung der fremden Märkte für unseren Export. Prüfen wir also kurz die Bedeutung des Zollschatzes für das einheimische Wirtschaftsleben.

IV.

Dem Fiskus haben die Zölle unstreitig reiche Einnahmen gebracht; in Millionen Mark betragen die Erträge der Zölle von: **Wirkungen des Zollschatzes.**

	Nahrungs- und Genuss- mitteln (einschl. Vieh)	Rohstoffen für die Industrie	Fabrikaten
1892/93	274	15	85
1898/99	364	32	115

Unser Interesse konzentriert sich auf die Frage: Wie haben die Zölle auf die Gestaltung von Produktion und Konsum gewirkt?

Die relativ geringsten Erträge liefern demnach die Zölle auf Rohstoffe. Belastet werden durch diese der Land- und Forstwirtschaft, bzw. dem Bergbau zu Gute kommenden Zölle einerseits die Mitleidenschaft gezogenen Industriezweige, andererseits die Konsumenten der aus den betreffenden Rohstoffen erzeugten Waaren.

Zölle auf Rohstoffe für industrielle Zwecke sind in einem industriell so entwickelten Staate wie Deutschland widersinnig und ihre grundsätzliche Verwerflichkeit wird auch durch die verhältnissmässige Geringfügigkeit des Ertrages nicht gemildert.

Einen erheblich grösseren Ertrag ergeben bereits die Zölle auf Fabrikate. Im Vergleich mit dem Verbrauch von Fabrikaten im Inlande erscheint derselbe allerdings nicht allzu hoch, aber auch ihr Nutzen für die deutsche Industrie dürfte überschätzt werden. Wenigstens haben an dem grossen Aufschwunge der deutschen Industrie während der letzten Jahrzehnte mannigfache andere Faktoren mitgewirkt und im grossen und ganzen die Schutzzölle hieran doch einen bedeutend geringeren Antheil gehabt, als die Intelligenz und der Fleiss unserer Industriellen, Kaufleute und Arbeiter, jedenfalls einen geringeren als man ihnen in schutzzöllnerischen Kreisen beimisst.

Das Schwergewicht der Zollerträge liegt in den Zöllen auf Nahrungs- und Genussmittel, einschliesslich Vieh. Wenn wir die Zollerträge für die einzelnen Artikel dieser Kategorie spezialisiren und zum Vergleich auch die wichtigsten Fabrikate heranziehen, so ergeben sich folgende Ziffern.

Der Zollertrag betrug per Kopf der Bevölkerung in Pfennigen im Durchschnitt der Jahre:

	1883—87	1898—99
I. Landwirthschaftliche Erzeugnisse:		
Getreide und Hülsenfrüchte, Malz	64	252
Mühlenfabrikate	0	6
Fleisch, Rind- und Schafvieh }	10	29
Schweine und Spanferkel }		
Schmalz, Butter, Margarine	9	28,5
Eier	2	5
Käse	2	5
Obst, Sämereien, Beeren u. s. w.	0	6
Wein	31	29
Bau- und Nutzholz	12	33,5
II. Industrieprodukte:		
Baumwollengarn und Baumwollenwaaren	15	16,5
Wollengarn und Wollenwaaren	9	8
Seidenzwirn und Seidenwaaren	7	7,5

	1883—87	1888—99
Leinengarn und Leinenwaaren	5	4
Leder und Lederwaaren	4	5
Roheisen	4	8
Eisenwaaren	5	11,5
Thon- und Glaswaaren	3	4
Holzwaaren	3	5
Maschinen	3	6

Der weitaus grösste Theil der Zollerträge entfällt also auf die unentbehrlichen Nahrungsmittel. Der durchschnittliche Zollertrag für Brot, Fleisch, Fett, Eier, Käse und Obst stieg von 0,87 M. in 1883—7 auf 3,36 M. in 1898/9, also auf das Vierfache! In zweiter Linie folgen Holz und Wein. Erst dann reihen sich mit relativ geringen Beträgen die Industrie-Produkte an. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, dass bei dem gegenwärtigen Kampf um die Gestaltung des neuen Zolltarifs die Getreidezölle weitaus im Vordergrunde der Diskussion stehen.

Von agrarischer Seite freilich wird hartnäckig die Behauptung aufrecht erhalten, dass der Zoll nicht vom Inlande, sondern vom Auslande getragen wird, und soweit man eine Erhöhung des Getreidepreises zugesteht, wird wenigstens die Uebertragung derselben auf Mehl und Brot und damit die Belastung des Konsums durch den Zoll abgeleugnet. Richtig ist, dass im einzelnen sich natürlich die Wirkung des Zolls intensiver oder schwächer äussert, je nach dem Ausfall der inländischen und der Weltermte und dem Stande des Weltmarktpreises. Im allgemeinen aber kann es keinem Zweifel unterliegen, dass im grossen Durchschnitt der Zoll thatsächlich das Inland belastet. Zu diesem Schlusse kommt auch Conrad in seiner neusten Veröffentlichung in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik auf Grund ausführlicher Preisstatistiken. Wir entnehmen denselben zur Illustration nur ein Beispiel:

**Trägt das
Ausland
den Zoll?**

	verzollt	unverzollt	war also verzollt theurer um
Weizen	151,11	117,21	33,90
Roggen	139,48	107,33	32,15
Der Zollsatz betrug	—	—	35,—

Davon, dass der Zoll im allgemeinen vom Auslande getragen werde, kann jedenfalls angesichts der von Conrad beigebrachten

Ziffern nicht die Rede sein. Bezüglich der Wirkung des Getreidezolls auf Mehl- und Brotpreise erachtet der Verfasser ein enges Zusammengehen von Getreide-, Mehl- und Brotpreisen als erwiesen und beruft sich dabei nicht nur auf die bekannten Veröffentlichungen des Berliner statistischen Bureaus, sondern auch auf seine eigenen eingehenden Untersuchungen in Halle. An der allmählichen Abwälzung des Zolles auf die Konsumenten ist nicht zu zweifeln. Der Zoll ist und bleibt ein Opfer, welches der Allgemeinheit auferlegt wird, um einer Sondergruppe zu nützen. Prüfen wir nun, wie gross diese Gruppe ist, welcher der Zoll zu Gute kommt.

Die Interessenten der Getreidezölle. Wir müssen hierzu die Vorfrage zu beantworten suchen, welche Landwirthe über den eigenen Bedarf hinaus Getreide produziren und demgemäss als regelmässige Verkäufer von Brotfrüchten am Markte auftreten.

Für die Getreidezölle beschränken wir die Frage auf den Roggen- und Weizenzoll. Die deutsche Reichsstatistik bietet uns hierfür keinen ausreichenden Anhalt. Wir müssen daher versuchen, mit den mageren Zahlen der Betriebsstatistik auf dem langwierigen Wege von Durchschnitts-Berechnungen der Wahrheit möglichst nahe zu kommen. Wir setzen zu diesem Zwecke die Anzahl der landwirthschaftlichen Betriebe als gleichbedeutend mit der Anzahl der selbstständigen Landwirthe, und zwar der Landwirthe im Haupt- und Nebenberufe. Auf jeden Landwirth rechnen wir ferner drei Angehörige — das ist sehr gering gerechnet — und auf den Kopf einen durchschnittlichen Jahreskonsum von 183 kg Brotgetreide. Weiter nehmen wir die den einzelnen Grössenklassen angehörende landwirthschaftlich benutzte Gesamtfläche als durchschnittlich zu $\frac{1}{3}$ mit Roggen, Weizen und Spelz bestellt an.*) Endlich rechnen wir für Futterzwecke und den industriellen Bedarf durchschnittlich $\frac{1}{10}$ der nach Abzug der Aussaat übrig bleibenden Erntemenge ab.**) Als Zeitraum für die Durchschnittsberechnung wählen wir die gesammte Periode seit Einführung des Zolltarifes (1880—98).

*) Das ist für Betriebe bis zu .2 ha viel zu hoch gegriffen, da in dieser Grössenklasse sehr wenig Getreide, sondern in der Hauptsache Kartoffeln, Gemüse, Wein, Tabak gebaut wird; für die übrigen Betriebe verringert sich der Fehler mit der Zunahme der Betriebsgrösse; auch die

Unter diesen Voraussetzungen und Vorbehalten ergibt sich als verkäufliches Durchschnitts - Quantum an Brotgetreide für den einzelnen Betrieb der jeweiligen Grössenklasse:

Betriebsgrösse in ha	Anzahl der Betriebe nach der Zählung von 1895	Verkäuflicher Ueber- schuss in dz
bis zu 1	2 529 000	—
1—2	707 000	—
2—3	448 000	—
3—4	324 000	—
4—5	244 000	2 ¹ / ₂
5—10	606 000	8
10—20	393 000	24
30—50	240 000	58
50—100	42 000	137
100—200	11 000	297
200—500	9 600	702
500—1000	3 600	1468
1000 und mehr	572	3091

Die Landwirthe der Grössenklassen unter 4 ha sind je nachdem ausschliesslich, im wesentlichen oder doch zum grossen Theile darauf angewiesen, Weizen und Roggen für den Nahrungs- und Futterbedarf zu kaufen. In der nächsten Klasse (3—4 ha) bilancirt rechnermässig Erzeugung und Eigenbedarf, in Wirklichkeit wird auch

mittleren Landwithe bestellen notorisch nicht $\frac{1}{3}$ ihrer Ackerfläche mit Roggen und Weizen, sondern bauen mehr Futterpflanzen und Handelsgewächse. Die Hauptdomäne des Brotgetreidebaues ist unbestritten der Grossbetrieb.

**) Das ist für die kleineren und mittleren Betriebe zweifellos zu wenig; diese verfüttern mehr. Der Bund der Landwirthe hat eine Erhebung über diese Frage veranstaltet und will festgestellt haben, dass durchschnittlich 27¹/₂ % der Erntemenge von Roggen und Weizen verfüttert wird. Damit ist sicherlich übers Ziel geschossen, nur für die kleineren Betriebe dürfte diese Ziffer annähernd zutreffen. Wir haben jedoch, wie bemerkt, nur 10 % in Abzug gebracht.

bei diesen Betrieben noch zugekauft werden müssen. Die Betriebe mit 4—5 ha haben rechnungsmässig wohl einen Ueberschuss, auf dem Kornboden wird er jedoch selten zu finden sein; auch für die Grössenklassen von 5—10 ha dürfte dies theilweise noch zutreffen: denn gerade in diesen Betrieben schmälert die hier sehr stark betriebene Viehzucht das verkäufliche Quantum Getreide recht erheblich. Im allgemeinen wird also in Wirthschaften unter 10 ha wohl nur wenig Brotgetreide zum Verkaufe produziert werden. Auch die Wirthschaften von 10—20 ha werden wohl nur in den seltensten Fällen den rechnungsmässig vorhandenen Ueberschuss von 24 dz Weizen bzw. Roggen zu Markte führen.

Dagegen sind zweifellos für die Betriebe von 100 ha aufwärts die verkäuflichen Mengen grösser als in unserer Uebersicht aufgeführt. Wenn der letzteren auch natürlich nur ein relativer Werth zukommt, so ist sie doch jedenfalls einigermassen geeignet, die Frage nach den Interessenten der Roggen- und Weizenzölle in bessere Beleuchtung zu rücken. Da der Hafer- und Gerstenbau im ganzen eben dort ist, wo der Roggen- und Weizenbau zu finden ist, so können wir den hieraus zu ziehenden Schluss verallgemeinern und sagen: Es ist eine im Verhältniss zum grossen deutschen Volkskörper geradezu verschwindende Anzahl von Landwirthen, welche den Nutzen der Getreidezölle abschöpfen.

Die Interessenten der Vieh- und Fleischzölle.

Die Interessenten der Vieh- und Fleischzölle haben wir auf anderer Seite zu suchen, nämlich in den bäuerlichen Betrieben. Nach den Betriebszählungen von 1895 treffen auf 100 ha landwirthschaftlich benützter Fläche in Betrieben

	unter 2 ha	2—20 ha	20 ha und darüber
Rindvieh .	78	69	37
Schweine .	192	50	20

Es ist also die Viehzucht fast vollständig (80% und 92%) auf den bäuerlichen Kleinbetrieb beschränkt und zwar die Schweinhaltung zu $\frac{3}{4}$ (73%), die Rindviehzucht fast zur Hälfte (45%) auf den Parzellenbetrieb unter 2 ha!

Leider kommt nun der Nutzen der deutschen Viehzölle nicht dem Bauer zu Gute, sondern wird ebenfalls vom Grossgrundbesitzer

in die Tasche gesteckt. Wie schon oben aufgeführt, trifft nämlich die Vermehrung des Viehstandes der bäuerlichen Betriebe meist mit dem Rückgang der Erträge der wichtigsten Futterpflanzen zusammen, so dass der Bauer darauf angewiesen ist, sehr viel Kraftfutter zuzukaufen. Da nun bei rasch wachsender Nachfrage die Preise der sämtlichen Kraftfuttermittel aufeinander einwirken, so bewirkt die durch den Getreidezoll herbeigeführte Preiserhöhung der zu Futterzwecken benutzten Getreidesorten gleichzeitig eine Preissteigerung für alle übrigen Kraftfuttermittel, wie Kleie, Malzkeime, Oelkuchen u. s. w. Der deutsche Bauer ist also bei der bisherigen Zollpolitik sehr schlecht weggekommen, denn einerseits ist das Schwergewicht der Schutzzollgesetzgebung auf Getreide gelegt, welches der Bauer im grossen und ganzen wenig oder gar nicht verkauft, und andererseits sind die Vieh- und Fleischzölle nicht den bäuerlichen Viehproduzenten zu Gute gekommen, sondern neben dem Getreidezoll ebenfalls in die Kasse des Grossgrundbesitzers geflossen.

Es erübrigt nur noch, den Einfluss der Getreidezölle auf die übrigen Produktionszweige kurz zu kennzeichnen. Zunächst sinkt mit der durch sie hervorgerufenen Vertheuerung der Lebensmittel nicht nur die Lebenshaltung des Volkes und damit zum Theil die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters, sondern gleichzeitig auch die Kaufkraft des inneren Marktes für alle anderen Produkte. Denn Brot und Mehl machen einen so erheblichen Bruchtheil des Gesamtaufwandes kleiner Haushaltungen aus, dass eine fühlbare Erhöhung der Preise für diese Artikel eine Einschränkung des Konsums an anderen Waaren zur Folge haben muss. Prof. Lotz hat berechnet, dass bei einem Haushaltbudget von 800—1300 M. ungefähr 150—200 M. jährlich auf Brot und Fleisch entfallen. Bedenkt man nun, dass über $\frac{2}{3}$ der deutschen Bevölkerung ein Einkommen bis 900 M. jährlich haben und 96% nicht über 3000 M. jährlich kommen, so leuchtet ein, dass die wirklich etwa gesteigerte Kaufkraft gewisser landwirtschaftlicher Schichten durch die beschränkte Kaufkraft namentlich der industriellen Arbeiterschaft reichlich wett gemacht wird. Unter anderem wird gerade der kleine und mittlere Bauernstand in der Nähe städtischer Industriezentren schweren Nachtheil hiervon haben; denn auch für die meisten derjenigen Artikel, welche er auf den städtischen Markt bringt, wie Eier, Gemüse, Geflügel, Obst, Butter und dergl. wird die Arbeiter-

**Wirkung
der Getreide-
zölle auf die
übrigen
Produktions-
zweige.**

schaft ihren Bedarf entsprechend einschränken müssen. Auch von dieser Seite aus zeigt sich wieder, dass die Politik des Bundes der Landwirthe die einseitigen Interessen des Grossgrundbesitzes und nicht die der gesammten deutschen Landwirthschaft vertritt.

Den grössten Schaden wird aber die deutsche Grossindustrie haben. Die Wirkung für diese besteht in der Erhöhung der Löhne. Nehmen wir mit Engel den jährlichen Bedarf an Brotgetreide mit 183 kg pro Kopf an, so braucht eine Arbeiterfamilie von 5 Personen im Jahre 9 dz Brotgetreide. Bei dem jetzigen Zollsätze zahlt sie davon an den Staat und an die Landwirthschaft mehr als 31 M. Rechnet man dazu noch die Zölle für Fleisch, Fett, Butter usw., so erhöht sich dieser Betrag noch um ein Beträchtliches. Um die Zölle müssen die Löhne erhöht werden, und damit erfahren die Produktionskosten unserer Fabrikate eine sehr gefährliche Erhöhung, die uns den Wettbewerb auf dem Weltmarkt erschweren kann und wird. Unsere Löhne sind augenblicklich noch etwas niedriger als in England, unserem grossen Rivalen, aber sie sind in den letzten Jahren sehr bedeutend gestiegen. Wir haben für die letzten 10 Jahre eine Steigerung der Tagelöhne um volle 10% zu verzeichnen und der Preis der qualifizirten Arbeit ist noch rascher und bedeutender gewachsen. Wir schliessen unsere Ausführungen mit einer Tabelle, welche eindringlicher als alle logischen Erörterungen erkennen lässt, was der Getreidezoll für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt bedeutet. Die Tonne Weizen kostete nach Conrad:

in Mark	in England	in Preussen	in England mehr + weniger —
1821—40	260	130	+ 130
1841—60	245	190	+ 55
1861—80	350	325	+ 25
1881—90	147	174	— 27
1891—98	130	165	— 35

Und dazu kommt nun endlich, dass die Absatzbedingungen im Auslande sich aller Voraussicht nach erheblich verschlechtern würden. Gerade zwei Länder, welche zu unsern allerwichtigsten Absatzgebieten gehören, die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland, sind mit ihren vitalsten Interessen an der Offenhaltung des deutschen

Marktes für ihr Getreide gebunden. Andere Staaten, wie Italien, Oesterreich-Ungarn, Holland und Belgien, würden durch Zollerhöhungen auf allerlei andere landwirthschaftliche Produkte sehr fühlbar getroffen werden. Wenn wir auf der Grundlage der agrarischen Forderungen überhaupt zu Handelsverträgen kommen, was noch sehr zu bezweifeln ist, so werden jedenfalls die Vergünstigungen, welche das Ausland uns zu gewähren bereit ist, sich in äusserst engen Grenzen halten. Sehr wahrscheinlich ist aber, dass man direkt zu Repressalien greifen wird, welche unserer exportirenden Industrie den Absatz ins Ausland theils erschweren, theils unmöglich machen.

Aus allen diesen Erwägungen ergiebt sich, dass der geringe Nutzen, der mit einer Erfüllung der agrarischen Wünsche bestenfalls für eine kleine Zahl von Interessenten erzielt werden kann, in gar keinem Verhältniss steht zu den schweren Gefahren, welche er sowohl für die grosse Masse der Konsumenten als für die Entwicklung unserer heute blühenden Industrie, Schiffahrt und Handel mit sich bringt. Aus diesem Grunde muss den exorbitanten Forderungen der Agrarier gegenüber mit Entschiedenheit daran festgehalten werden, dass der gegenwärtige Zustand nicht noch mehr verschlechtert wird.

Resumé.

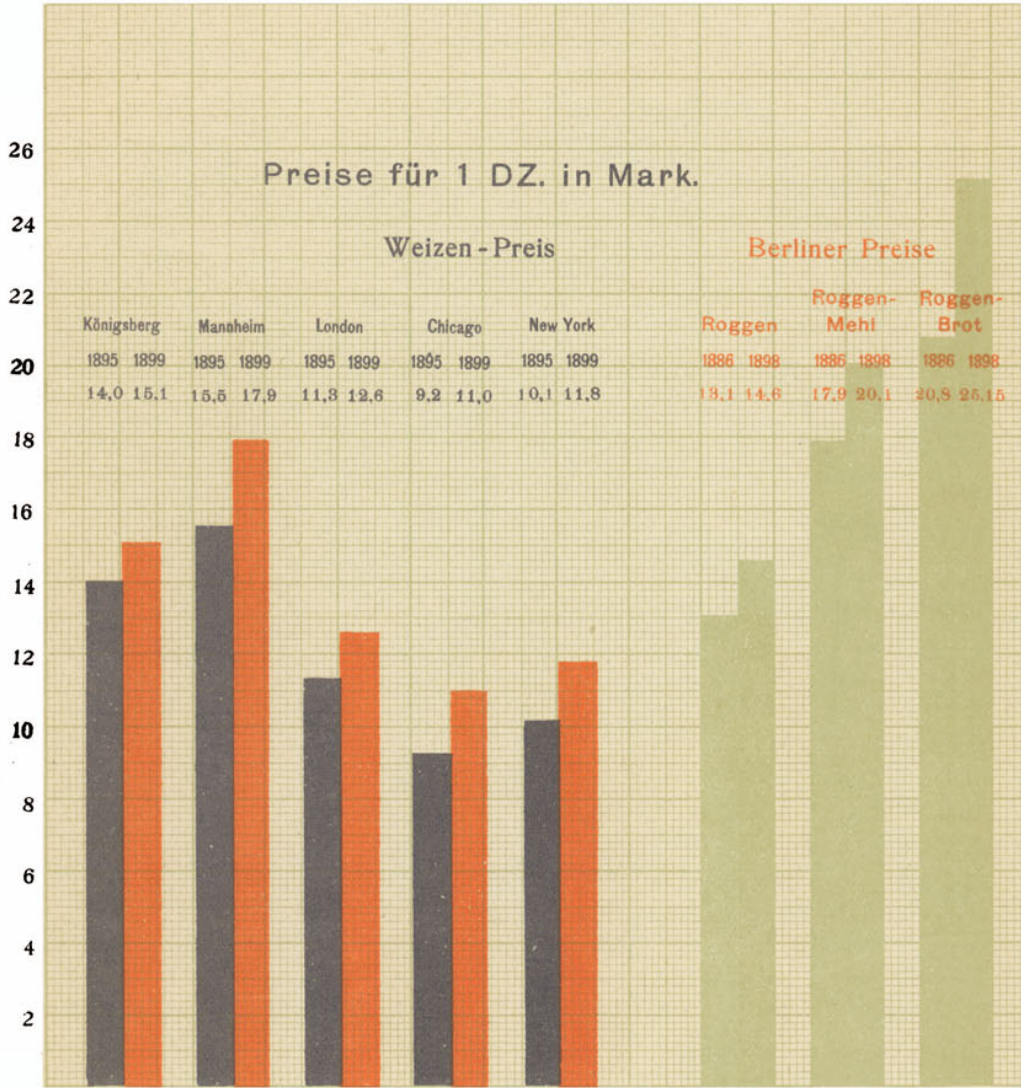
Der Zoll auf Brotgetreide, der erst als „Ordnungszoll“ in Höhe von M. 1.— eingeführt, dann auf M. 3.— erhöht wurde, beträgt seit 1887 im heutigen deutschen Generaltarif bereits den hohen Satz von M. 5.—, das bedeutet ca. ein Drittel des Waarenwerthes. Jede Erhöhung dieses Satzes, die unweigerlich auch eine entsprechende Erhöhung des Vertragssatzes nach sich ziehen würde, bedeutet den Umständen nach einen schweren Schlag für die Industrie, sowie für den der Zahl nach grösseren Theil der deutschen Landwirthe selbst.

Die Höhe des Vertragszolls lässt sich — auch vom Standpunkte des industriellen Interesses aus — im Voraus nicht genau fixiren, da sich erst aus den Vertragsverhandlungen selbst ergeben kann, welcher Zollsatz den Gegengeboten des Auslands entsprechend erscheint. Wollte man also heute bereits sich auf den durch die vorigen Handelsverträge normirten Satz von 3.50 M. festlegen, so schüfe man damit für die betr. Artikel den Doppeltarif mit Maximal- und Minimal-Satz, gegen dessen Einführung sich die weitesten Interessenten-

kreise aus gewichtigen Gründen mit Recht verwahren. Der Vertragsatz kommt aber zur Zeit auch garnicht praktisch in Frage. Für einen bestimmten Vertragssatz einzutreten, wird der Moment erst gekommen sein, wenn wir in die Vertragsverhandlungen mit dem Ausland eingetreten sind und absehen können, was Russland und die übrigen an unserer Getreideeinfuhr beteiligten Staaten für Aufrechterhaltung des 3.50 M. Zolls uns zu gewähren bereit sind.

Was heute den Gegenstand des handelspolitischen Kampfes bildet, ist der neue deutsche Generaltarif. Von der Höhe der in ihn eingesetzten Zollsätze hängt zum grössten Theil auch die Höhe der späteren Vertragssätze ab. Hier gilt es deshalb mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, dass nicht unter dem Vorwand, „Die Landwirthschaft“ zu schützen, von neuem einer engeren Gruppe von Sonderinteressenten wiederum ein Geschenk auf Kosten der Allgemeinheit gemacht wird.

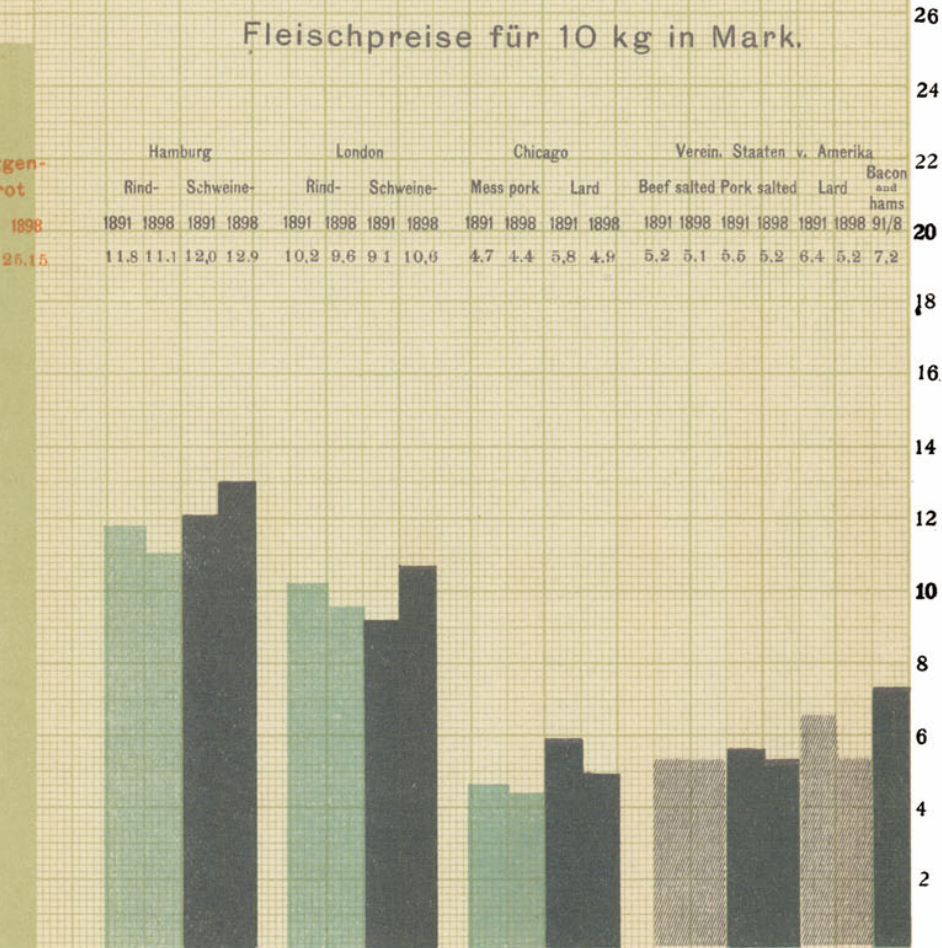
Aus diesen Gründen hat sich der Handelsvertragsverein in seiner Ausschusssitzung vom 20. December 1900 gegen jede Erhöhung des Generaltarifsatzes für Brotgetreide erklärt, in der Erwägung, dass dadurch nicht nur die Volksernährung beeinträchtigt und die allgemeinen Landesinteressen geschädigt, sondern auch die Landwirthschaft selbst, der man angeblich nützen will, in eine einseitige Richtung gedrängt, vor allem ein besonders wichtiger Theil derselben: der bäuerliche Kleinbetrieb, entschieden zu Gunsten des Grossgrundbesitzes benachtheiligt werden würde.



*Das mittlere Kartogramm zeigt die vollkommene
preises vom Getreidepreis.*

*Das erste und dritte Kartogramm lassen den Ein-
auf die Lebensmittelpreise im Reiche erkennen. Das deut-
höchsten Lebensmittelpreise im Vergleich zu den Plätzen*

Fleischpreise für 10 kg in Mark.



...mene Abhängigkeit des Mehl- und Brot-

*...en Einfluss des deutschen Eingangszolles
...s deutsche Reich hat, wie ersichtlich, die
...ätzen des Auslandes.*